

Frauen und Männer beten weiter getrennt

Entscheid zur Klagemauer erzürnt liberale Juden



Die «Frauen der Klagemauer» hatten sich für eine egalitäre Zone vor dem jüdischen Heiligtum eingesetzt.

ARIEL SCHALIT / AP

Die Ultraorthodoxen wollen keine Reformjuden an der Klagemauer. Netanyahu gibt ihnen ihren Willen – einstweilen. Die säkularen Juden weltweit, vor allem die amerikanischen, sind zornig.

ULRICH SCHMID, JERUSALEM

Israels Führungsorgane haben Anfang Woche zwei folgenschwere Entscheidungen gefällt. Zunächst legte das Kabinett einen Plan auf Eis, an der Klagemauer in Jerusalem einen Sektor einzurichten, an dem Männer und Frauen gemeinsam beten können. Kurz darauf verabschiedete die Knesset eine Vorlage, die dem israelischen Oberrabbinat das faktische Monopol über alle Konversionen zum Judentum zusichert. Beide Vorlagen waren auf Druck der ultraorthodoxen Koalitionspartner in Ministerpräsident Netanyahus Kabinett, der Shas und des Vereinigten Thora-Judentums, zustande gekommen.

Bestürzung und Zorn

Der Sieg der Ultraorthodoxen wird von den Säkularen ganz und gar nicht verstanden. Führer der jüdischen Reformbewegung, die in diesen Tagen Israel be-

suchen, haben die Beschlüsse hart kritisiert. Michael Siegal, Verwaltungsratsvorsitzender der Jewish Agency, der offiziellen Einwanderungsorganisation Israels, liess ein Nachessen mit Netanyahu platzieren. Uriel Reichmann, ein Verwaltungsratsmitglied der Jewish Agency, sprach von einer «Kriegserklärung gegen den Zionismus». Verteidigungsminister Lieberman, Chef der rechts-nationalistischen Partei Israel Beiteinu (Unser Zuhause Israel), sagte, hier gehe es um «religiöse Nötigung» und den Versuch, Israel in einen «Halacha-Staat» zu verwandeln. Die Halacha ist der religiöse Rechtskorpus des Judentums.

Die Klagemauer befindet sich gewissermassen im Besitz der Ultraorthodoxen. Frauen und Männer dürfen nur getrennt beten, zudem dürfen Frauen keinen Gebetsschal tragen und auch nicht laut aus der Tora vorlesen. Seit Jahrzehnten kämpfen nichtorthodoxe Strömungen wie die Jewish Agency oder die kampfstarken «Frauen von der Klagemauer» für Liberalisierungen – nun sehen sie sich geprellt. In der egalitären Zone hätten Frauen nicht nur gemeinsam mit Männern beten, sondern auch die ihnen verwehrten Rituale absolvieren dürfen.

Etliche Beteiligte sprechen bereits von der grössten Krise des Judentums seit der Staatsgründung 1948. Tatsächlich prallen hier zwei mächtige Akteure auf-



einander. Vor allem in den USA ist das liberale (oder progressive) Judentum stark. Es unterscheidet sich vom orthodoxen in vielen Punkten. Zentral ist, dass die Offenbarung als fortschreitender und nicht einmaliger Akt begriffen wird, woraus die Reformer schliessen, die jüdische Lehre sei nicht nur zu bewahren, sondern auch permanent zu erneuern. Zu den gebotenen Erneuerungen zählen die Progressiven unter anderem die strikte Gleichberechtigung der Geschlechter in allen religiösen Angelegenheiten, konkret auch die Erlaubnis, Frauen zu Rabbinerinnen zu ordinieren. Für die Hare-

dim ist dies ein Greuel, genauso wie etwa die Freude der Reformer am Einsatz von Musikinstrumenten in der Liturgie oder ihre Lust am dialogischen Streit. Die Haredim diskutieren eher selten. Sie wähnen sich stets im Recht.

Dass Netanyahu bereit war, die jüdische Einheit aufs Spiel zu setzen, empört. Aber es erstaunt nicht. Seit über zwei Jahren regiert der Ministerpräsident nun mit knapper Mehrheit. Ganz zu Beginn hätte man sie auch eine prekäre nennen können, denn bis Mai 2016, als sich Liebermans Israel Beiteinu ins Kabinett bequemte, betrug sie genau eine Stimme. Die Haredim sind sich das Regieren gewöhnt: Oft wurden sie auch dann integriert, wenn man sie eigentlich gar nicht brauchte. Noch nie aber waren sie so stark wie heute, und sie wollen bei Laune gehalten werden. In einer grossen Koalition mit der Arbeitspartei Awoda hätten die Haredi weit besser marginalisiert werden können.

Wer repräsentiert die Juden?

Die krasse Bevorzugung der Ultraorthodoxen birgt Gefahren. Das Judentum gehört nicht den Haredim, obwohl sie sich so gerieren und unermüdlich – und mit beachtlichem Erfolg – versuchen, der gesamten Gesellschaft ihre eigenwilligen Sitten aufzuzwingen. Es ist nicht der Glaube, sondern die Herkunft, die religiöse und säkulare Juden verbindet. Jude ist, wessen Mutter Jüdin war. Niemand würde einer Susan Sontag, einem Woody Allen, Philip Roth oder einem Karl Marx ihr Judentum absprechen wollen, obwohl sie alle nicht gerade durch exzessive Frömmigkeit auffielen. «Wir sind es, die das jüdische Volk repräsentieren, nicht die Regierung Israels», sagte Michael Siegal, der bisher als Freund Netanyahus bekannt war. Stolze Worte, aber auch ein deutlicher Hinweis auf den Ernst der Lage.

Ob die säkularen Proteste für eine Kehrtwende reichen werden, ist schwer abzuschätzen. Netanyahu ist bisher hart geblieben. Seine Regierung betonte am Dienstag, dass der Plan für einen egalitären Raum an der Klagemauer suspendiert, nicht aufgehoben sei. Man habe handeln müssen, weil die Haredim ans Hohe Gericht gelangt seien mit der Bitte, den Status quo an der Mauer ein für allem Mal festzuschreiben. Den Reformjuden wird das ein schwacher Trost sein. Viele vermuten, die Entscheidungen des Kabinetts und der Knesset seien sowieso irreversibel. Die andern aber wollen aktiv für ihre Anliegen in der Knesset lobbyieren. Sie werden das mit Hingabe tun, denn sie sind zufest verstört. Natan Sharansky, Chef des Exekutivrats der Jewish Agency, sagte, Israels Regierung habe den Juden in aller Welt im Grunde nur eines mitgeteilt: «Ihr seid nicht Teil von uns.»

Putin – Spaltpilz des Westens

NZZ-Podium in Berlin

RICARDO TARLI, BERLIN

Das Bild Russlands im Westen ist geprägt von Putins Machtpolitik, die als aggressiv und demokratiefindlich empfunden wird. In welchem Zustand befindet sich die ehemalige Supermacht? Was treibt den russischen Präsidenten an? Diese Fragen standen beim NZZ-Podium Berlin am Montag zur Diskussion. Peer Teuwsen, Redakteur von «NZZ Geschichte», moderierte die Gesprächsrunde im Deutschen Historischen Museum in Berlin-Mitte. In seinem Einführungsvortrag zeichnete der bei Basel wohnhafte russische Schriftsteller Michail Schischkin ein dunkles Bild von Russlands Führung. Putin sei ein Feind der Freiheit, sein Ziel sei die Schwächung der westlichen Demokratien. Der Westen sei gespalten, und das sei ein Sieg Putins. «Krieg mit dem Westen» nannte Schischkin dessen Methode, sich an der Macht zu halten. Der Zerfall des russischen Imperiums sei aber ein realistischer Szenario.

Die folgende Diskussion entzündete sich vor allem an den Fragen, wie sich ein autoritäres Regime so lange Jahre an der Macht halten konnte und wie der Westen die Beziehungen zu Russland gestalten soll. Der Osteuropahistoriker und Publizist Karl Schlögel betonte, der Zusammenbruch der Sowjetunion sei für viele Russen ein traumatisches Erlebnis gewesen. Das Land sei noch immer auf der Suche nach einer neuen Identität. Putin habe aber, so sagte es Schlögel wörtlich, Russland nichts zu bieten.

Gernot Erler, Russland-Beauftragter der Regierung und SPD-Abgeordneter, sagte, dass nach den chaotischen Nachwendejahren unter Boris Jelzin die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung gross sei. In den Augen vieler Russen stehe Putin für politische und ökonomische Stabilität; er habe ihnen das Selbstvertrauen zurückgegeben und dem Land auf der internationalen Bühne wieder Respekt verschafft.

Jörg Baberowski, Professor für Geschichte Osteuropas an der Berliner Humboldt-Universität, stimmte dem zu. Obwohl der Staat ein Selbstbedienungsladen der Herrschenden sei und das Volk vielfach unter Armut leide, habe Putin viele Anhänger. Ein Grossteil der Russen bevorzugt eine autoritäre Lösung, hielt Baberowski fest.

Die Behauptung, die Russen hätten mit Demokratie nichts am Hut, sei überheblich, entgegnete die Abgeordnete Marieluise Beck. Putins Popularität sei vielmehr das Resultat einer wirkungsvollen Propaganda, sagte die grüne Ost-Europa-Expertin. Russland müsse als ein verfallendes Imperium betrachtet werden. Putins Versuch, Russlands innere Schwäche mit äusserer Stärke zu kompensieren, sei nicht ungefährlich. Europa müsse deshalb ein klares Signal nach Moskau aussenden: «Ihr gehört zu uns.»

**MITTWOCH
20
SEPTEMBER
2017**

www.abc-production.ch

**STADION LETZIGRUND ZÜRICH
19 UHR**